



Presseschau vom 17.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Arthur Buchholz: Schlechte Nachrichten für deutschen Mainstream: Nawalny geht's gut

Wir haben schon lange nichts mehr von Alexei Nawalny gehört, dem wohl bekanntesten Gefangenen Russlands und dem Darling des deutschen Politikfeuilletons. Endlich gibt es wieder Post, genauer gesagt einen Instagram-Post, der doch wieder typisch Nawalny ist. ...

<https://kurz.rt.com/2gcom>

de.rt.com: "Eine Idee, deren Zeit gekommen ist": Spanien testet Vier-Tage-Arbeitswoche

Spanien könnte eines der ersten Länder weltweit sein, das eine 32-Stunden-Woche einführt. Der Antrag für das Experiment stammt von der Partei Más País. Die Änderung würde es Angestellten ermöglichen, weniger Zeit im Büro zu verbringen, ohne dabei an Gehalt zu verlieren. ...

<https://kurz.rt.com/2gc8>

Susan Bonath: Trotz Pandemie: "Historisch niedrige Auslastung" in Kliniken

Eine zweite Studie belegt eine massive Unterbelegung deutscher Krankenhäuser im ersten Pandemie-Jahr. Stattdessen überlasten Personalmangel, Pandemie-Missmanagement und Unterfinanzierung die Pflegekräfte und gefährden Kranke fortgesetzt. Ausbaden sollen es die Bürger. ...

<https://kurz.rt.com/2gb6>

de.rt.com: **Paul-Ehrlich-Institut: Zusammenhang von drei Todesfällen mit AstraZeneca-Impfung "nicht unplausibel"**

Nach AstraZeneca-Impfungen gab es in Deutschland sieben Thrombose-Fälle bei Personen zwischen 20 und 50 Jahren, drei Personen starben. Ein "kausaler Zusammenhang" werde derzeit geprüft, sei aber "nicht unplausibel", warnt das Paul-Ehrlich-Institut. Geimpfte sollten auf Symptome achten. ...

<https://kurz.rt.com/2gdc>

de.rt.com: **Kiew: Geheimdienst ermittelt gegen Beteiligte am Pachtvertrag für russische Marinehäfen auf der Krim**

Der SBU hat ein Vorermittlungsverfahren wegen Staatsverrats eröffnet. Anlass sind Vorbereitung und Ratifizierung des Charkow-Abkommens vom 21.4.2010 über die Fortführung der Verpachtung von Marinestützpunkten auf der Krim an Russland durch das Parlament des Landes. ...

<https://kurz.rt.com/2g95>

de.rt.com: **Wegen Umgang mit RT in Deutschland: Moskau droht mit "harten Gegenmaßnahmen gegen deutsche Medien"**

In konstruierten "Enthüllungskampagnen" gegen RT DE und Absagen deutscher Banken zur Kontoführung sieht Moskau ein bewusst unfreundliches Signal an Russland. In Reaktion darauf rief das russische Außenministerium Berlin "mit vollem Ernst" dazu auf, ein normales Funktionieren von RT in Deutschland zu gewährleisten. Anderenfalls müsse man Gegenmaßnahmen ergreifen. ...

<https://kurz.rt.com/2gdo>

snanews.de: **Fehler bei Inzidenzwerten? Mathestudent aus Bayern drängt auf Berechnung in Relation zu Gesamttests**

In einem Video erklärt der Bayerisch Gmainer Mathestudent Patrick Schönherr, wie gravierend sich die Inzidenzwerte unterscheiden können, wenn man sie ins Verhältnis zur Zahl der Tests setzt. Der Wert entscheidet inzwischen über Lockdown und Lockerungen. Es wird aber außer Acht gelassen, dass nicht überall in Deutschland gleich viel getestet wird.

<https://snanews.de/20210317/fehler-bei-inzidenzwerten-1336119.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Stadt in Katalonien erklärt Spaniens König zu „persona non grata“**

Der Stadtrat der katalanischen Stadt Sant Cugat del Vallès hat den spanischen König Felipe VI. zur „unerwünschten Person“ erklärt. Dies berichtet die lokale Zeitung „Tot Sant Cugar“. Demnach wurde die Entscheidung am vergangenen Montag im Rahmen einer geplanten Sitzung des Rates getroffen. Vertreter von drei Parteien, die die Unabhängigkeit Kataloniens unterstützen, stimmten für die Initiative. Abgeordnete der Parteien „Gemeinsam für San Cugat“ und „Kandidatur der Volkseinheit“ (CUP) erklärten, dass die Monarchie eine „antidemokratische Institution“ und „Erbe des Franco-Regimes“ sei. Die Partei „Ciudadanos“ (dt: Bürger) sowie die „Sozialistische Partei von Katalonien“ (PSC) stimmten dagegen. Die „Republikanische Linke Kataloniens“ (ERC) enthielt sich der Stimme. Die Befürworter der Unabhängigkeit hatten die Mehrheit - somit wurde Sant Cugat del Vallès zur republikanischen und antimonarchistischen Stadt und König Felipe VI. zur „unerwünschten Person“ erklärt.

Die spanische Monarchie steckt derzeit in einer Krise. Wegen des Verdachts auf Steuerbetrug

und Geldwäsche hatte das Oberste Gericht im Juni Ermittlungen gegen den ehemaligen König Juan Carlos eingeleitet. Auch von der Coronavirus-Pandemie ist Spanien besonders stark betroffen.



https://cdn.snaneuws.de/img/07e5/03/10/1320010_0:176:3001:1864_1280x0_80_0_0_bdc9992bd5db7518ac206c5994bece5b.jpg

wpered.su: Der stellvertretende Vorsitzende des Parlaments Dagestans wurde für die Hilfe für den Donbass ausgezeichnet

Der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF Ju.W. Afonin und das Mitglied des Präsidiums, der Sekretär des ZK der Partei K.K. Tajsajew nahmen an der 17. Rechenschafts- und Wahlkonferenz der Organisation der KPRF der Republik Dagestan teil. Vor den Teilnehmern der Konferenz hielt der erste Sekretärs des Komitees der Organisation der KPRF der Republik Dagestan, das Mitglied des ZK der Partei, der stellvertretende Vorsitzende der Volksversammlung der Republik Dagestan M.G. Machmudow den Rechenschaftsbericht, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

K.K. Tajsajew unterstrich in seiner Rede, dass die Parteiorganisationen des Nördlichen Kaukasus in engem Kontakt miteinander arbeiten, traditionellen viele gemeinsame Veranstaltungen durchführen. Eine der führenden in der nordkaukasischen Region ist die Organisation der KPRF in der Republik Dagestan. Deshalb ruhen auf ihr große Hoffnungen, was eine ernsthafte Nachfrage hervorruft. Kasbek Kuzukowitsch äußerte die Überzeugung, dass die Kommunisten der Republik sich erfolgreich an den Wahlen im September sowohl zur Staatsduma als auch zur Volksversammlung Dagestans beteiligen werden.

In Ausführung eines Auftrags der Oberhaupt der Donezker Volksrepublik D.W. Puschilin überreichte der Sekretär des ZK der Partei M.G. Machmudow die Medaille „Für Unterstützung bei der Rettung“ für die Organisation von Hilfe für die Bevölkerung des Donbass.

de.rt.com: China steigert Ölimporte aus Iran

Iran kurbelt seine Ölproduktion an. Die Nachfrage nach den angebotenen Energieressourcen wächst. Vor allem China und Indien haben damit begonnen, ihre Ölimporte aus dem ölreichen Land zu steigern.

China scheint ein wichtiger Käufer von iranischem Öl zu werden, da die iranische Produktion dank der besseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unter US-Präsident Joe Biden ansteigen dürfte.

Im vergangenen Jahr importierte China durchschnittlich 306.000 Barrel beziehungsweise 17,8 Millionen Tonnen Rohöl pro Tag aus Iran. Die meisten dieser Importe (75 Prozent) liefen indirekt über Malaysia, Oman oder die Vereinigten Arabischen Emirate.

Da die Nachfrage weiter steigt, wird erwartet, dass die Importe iranischen Öls nach China in

diesem März ein Niveau von 856.000 Barrel pro Tag erreichen werden. Dies entspricht einem Anstieg von 129 Prozent gegenüber Februar. Der plötzliche Zustrom iranischen Öls hat Berichten zufolge bei der Löschung der Tanker zu Staus in den Häfen geführt.

China hat aufgrund der niedrigen Kosten Interesse an Öl aus Iran. Die Preise liegen oft zwischen drei und fünf US-Dollar unter dem Brent-Benchmark.

Die Exporte aus Iran gingen für Asien, insbesondere nach China, Indien, Japan und Südkorea seit 2018 infolge der Sanktionen der Trump-Regierung deutlich zurück. Der Kauf von iranischem Öl durch China in den vergangenen Monaten deutet jedoch darauf hin, dass sich dieser Trend unter der neuen Biden-Regierung ändern könnte.

Die Exporte aus Iran nach China wurden nie ganz eingestellt, gingen aber deutlich zurück. Laut Emma Li, einer Expertin für Rohölströme bei der US-amerikanischen Analysefirma Refinitiv, "stiegen die Volumina jedoch ab dem letzten Quartal 2020 an, wobei die Provinz Shandong die größte Abnahmeregion war, was darauf hindeutet, dass unabhängige Anlagen die Hauptabnehmer sind."

Indien hat ebenfalls damit begonnen, iranisches Öl zu importieren, in der Annahme, dass der Handel mit Iran wiederaufgenommen wird. Gleichzeitig versucht die National Iranian Oil Company (NIOC) während sie die nationale Produktion hochfährt, neue Partnerschaften in ganz Asien aufzubauen, um ihr Exportpotenzial zu steigern.

Regierungsvertreter in Indien schätzen, dass Öllieferungen aus Iran innerhalb von drei bis vier Monaten wieder auf den Markt kommen werden. Man erwartet auch, dass nach den Wahlen in Iran im Juni weitere Partnerschaften entstehen werden.

Chinas Interesse an iranischem Öl geht Hand in Hand mit der umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. Man erwartet, dass der Handel zwischen den beiden Nationen in den kommenden zehn Jahren ein Volumen von 600 Milliarden US-Dollar erreichen wird. Darüber hinaus versucht China mit seiner Belt and Road-Initiative die regionalen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen mit Schwerpunkt auf der Energiewirtschaft zu stärken.

Bei den jüngsten Energiegeschäften mit China war es Iran erlaubt, Finanztransaktionen in Fremdwährungen wie dem Euro abzuwickeln, um nicht an den US-Dollar und die verhängten US-Sanktionen gebunden zu sein.

Gegenwärtig machen Importe aus Iran nur drei Prozent der gesamten Ölversorgung Chinas aus. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in einer Vielzahl von Branchen könnte jedoch zu einem stärkeren Handel mit Energieressourcen fördern, während die Wirkung der US-Sanktionen gegen Iran allmählich nachlässt.

China dürfte mit einem Ölbedarf von rund zwölf Millionen Barrel pro Tag der größte Ölimporteur der Welt bleiben. Dies macht Peking zu einem wichtigen Partner für ölfreiche Nationen, um langfristige Handelsbeziehungen aufzubauen. Trotz eines Nachfragerückgangs als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie stiegen Chinas Ölimporte im Januar um 32 Prozent. Dies spiegelt einen Trend in der gesamten asiatischen Region wider, die ihre Ölimporte zwischen Dezember und Januar um 7,5 Prozent gesteigert haben soll.

Es scheint, dass China und die asiatische Region nach Jahren schwieriger Beziehungen ihre Energiepartnerschaft mit Iran mittelfristig normalisieren werden, um die steigende Nachfrage zu decken und die heimische Produktion zu intensivieren.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2021.03/article/60506d3e48fbef0f7d159344.JPG>

Wpered.su: Kiew zieht Truppen in Richtung Donbass zusammen, aber die ukrainische Gesellschaft ist nicht bereit, den Krieg zu unterstützen – der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF

Kiew zieht Truppen in Richtung Donbass zusammen aber die ukrainische Gesellschaft ist nicht bereit, den Krieg zu unterstützen. Diese Auffassung vertritt der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF Dmitrij Nowikow in der Sendung „Treffpunkt“, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Die Kräfte, die Kiew in Richtung Donezk und Lugansk zusammenzieht, erlauben nicht nur lokale militärische Abenteuer zu entfachen, sondern auch zu versuchen, eine breitete Offensive durchzuführen“, sagte Dmitrij Nowikow. „Ich gehe davon aus, dass die Bevölkerung der Ukraine prinzipiell nicht an solchen Dingen interessiert ist, bei der großen Mehrheit der Bevölkerung gibt es keinen „national-patriotischen Eifer“. Genau deshalb wurde Selenskij Präsident der Ukraine. Er siegte bei den Wahlen als „Präsident des Friedens“. Von ihm wurde eine neue Politik erwartet. Heute sinkt sein Rating nicht nur im Zusammenhang mit der Verschlechterung der sozialökonomischen Situation, sondern auch wegen seiner kriegerischen Rhetorik. Ich meine, dass die ukrainische Gesellschaft nicht bereit ist, Krieg und ernsthaftes Blutvergießen zu unterstützen.“

Zur Reaktion Europas auf die Verschärfung der Situation im Donbass erklärte Dmitrij Nowikow, dass die EU weiter ihre Rolle als Hauptkomplize des Hauptprovokateurs spielt. Und Hauptprovokateur, erläuterte er, sind hier die Vereinigten Staaten von Amerika.

snanews.de: Lawrow: Die Krim bleibt für immer russische Region

Der Beitritt der Schwarzmeer-Halbinsel Krim zum Staatsverband der Russischen Föderation ist nach Worten von Außenminister Sergej Lawrow in strikter Übereinstimmung mit dem Völkerrecht erfolgt. „Der Westen mit den USA an der Spitze wird das nie ändern können“, sagte Lawrow am Dienstagabend dem TV-Kanal „Krim-24“.

Indes nehme in der Welt das Interesse daran zu, die Beziehungen zu dieser Region zu fördern, was Moskau nach Kräften begünstigen werde.

„Vor sieben Jahren hatten Sie sich für den Beitritt der Halbinsel zu Russland ausgesprochen – in strikter Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Eine solche Form der Wahrnehmung des in der UN-Charta verbrieften Selbstbestimmungsrechts der Völker war die einzige Möglichkeit, die Interessen, die Würde und das Leben der Krim-Bewohner angesichts der Drohungen der Nationalisten und Neonazis zu schützen, die die Macht in Kiew bei einem verfassungswidrigen bewaffneten Umsturz ergriffen hatten“, betonte der russische Chefdiplomat.

Der Wortlaut seiner Ansprache an die Krim-Bevölkerung anlässlich des 7. Jahrestages des

Beitritts der Halbinsel zu Russland (18. März) wurde am Dienstag auf der Homepage des russischen Außenministeriums veröffentlicht.

"Krim bleibt immer Teil Russlands"

Das Schicksal und die Zukunft der Krim seien immer Teil Russlands zu bleiben, ob das jemandem gefalle oder nicht. „Beliebige Bemühungen westlicher Länder mit den USA an der Spitze werden diese Realität nicht ändern – weder vom völkerrechtlichen noch vom politischen noch vom moralischen Standpunkt aus.“

„Unsere Diplomatie wird auch weiterhin energisch daran arbeiten, damit die nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland entstandene Realität im Bewusstsein ausländischer Partner verwurzelt“, betonte Lawrow.

Krim-Referendum vom März 2014

Die Krim wurde nach einem Referendum vom März 2014 zu einer russischen Region. Für den Beitritt zu Russland stimmten 96,77 Prozent der Wahlberechtigten der Republik Krim und 95,6 Prozent der Bewohner von Sewastopol. Russlands Präsident Wladimir Putin zufolge ist das „Krim-Problem ein für allemal gelöst“.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/10/1320689_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_d0c77fd40df34799247a0afe0e555c.jpg

snnews.de: US-Geheimdienste: Russland beeinflusste erneut Präsidentenwahl und wollte Biden schaden

Russland hat sich bei der US-Präsidentenwahl im November 2020 nach Ansicht der amerikanischen Geheimdienste für den damaligen Präsidenten Donald Trump eingesetzt und sich bemüht, dessen Herausforderer Joe Biden zu schaden und Unfrieden im Land zu stiften. Präsident Wladimir Putin und seine Regierung hätten die versuchte Einflussnahme „genehmigt und durchgeführt“, hieß es in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht aus dem Büro von Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines.

Russland habe sich bei seiner Kampagne auf seinen Geheimdienst, staatliche Medien, Internet-Trolls und Verbündete in der Ukraine gestützt. Eine der wichtigsten Strategien Moskaus sei es gewesen, Biden und seiner Familie im Zusammenhang mit der Ukraine Korruption vorzuwerfen.

Dafür hätten russische Agenten auch gezielt Amerikaner angesprochen, die Verbindungen zu Trumps Regierung gehabt hätten, um ein Einleiten von Untersuchungen gegen Biden zu fordern. Es habe auch Versuche gegeben, Beamte der Trump-Regierung und Medien dahingehend zu manipulieren, hieß es weiter.

Russland habe sich 2020 auf Desinformation konzentriert, sich aber im Gegensatz zur Wahl 2016 nicht darum bemüht, die Wahlinfrastruktur in den USA direkt zu untergraben, so in dem Bericht weiter.

Moskau wollte „die öffentliche Wahrnehmung der Kandidaten in den USA beeinflussen“ und das langfristige Ziel verfolgen, „das Vertrauen in das US-Wahlsystem zu untergraben und die

gesellschaftliche Spaltung der Menschen in Amerika zu verstärken“. Das Land habe einen Wahlsieg Bidens als „nachteilig für russische Interessen“ betrachtet. China hingegen habe nicht versucht, die Wahl zu beeinflussen. Moskau hatte Anschuldigungen dieser Art in der Vergangenheit wiederholt zurückgewiesen.

Dem Bericht zufolge soll sich auch der Iran bemüht haben, den Wahlkampf zu beeinflussen. Teheran sei es darum gegangen, die Chancen für eine Wiederwahl Trumps zu verringern und die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft zu verstärken. Auch der Iran habe dabei nicht direkt die Wahlinfrastruktur angegriffen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/10/1321115_0:244:3187:2037_1280x0_80_0_0_4cef25740d0e3f805281c5386f081569.jpg

vormittags:

snanews.de: Syrien wehrt israelischen Raketenangriff auf Umgebung von Damaskus ab – Sana

Israel hat aus dem Luftraum der besetzten Golanhöhen mehrere Raketen auf die Umgebung von Damaskus abgefeuert und die syrische Luftabwehr den israelischen Raketenangriff verhindert. Das teilte die Agentur Sana unter Verweis auf das Kommando der syrischen Armee mit.

Der Raketenangriff wurde nach Angaben des syrischen Militärs um 22.35 Uhr Ortszeit ausgeführt.

„Das Luftabwehrsystem hat die feindlichen Raketen abgewehrt und die meisten von ihnen abgeschossen. Es entstand ein materieller Schaden“, heißt es.

Zuvor hatte ein Korrespondent der Nachrichtenagentur SNA vor Ort berichtet, dass man im Zentrum der syrischen Hauptstadt vernehmen könne, dass das Luftabwehrsystem zum Einsatz gekommen sei. Indes gab die israelische Armee keinen Kommentar dazu ab.

Israelische Militärs haben nicht zum ersten Mal das Territorium Syriens beschossen und dies mit dem Streben erklärt, verhindern zu wollen, dass moderne Waffen in die Hände von Feinden gelangen. Vor allem geht es um die libanesische Hisbollah-Bewegung, die an der Seite von Baschar al-Assad kämpfte und von Teheran kontrolliert worden sein soll.

Die syrische Führung hat wiederholt vom UN-Sicherheitsrat verlangt, Druck auf Israel auszuüben, um den Angriffen auf das Territorium der Republik ein Ende zu setzen. Solche Handlungen verletzen Syriens Souveränität und führten zu einer Zunahme der Spannungen in der Region.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1e/344030_0:0:3200:1801_1280x0_80_0_0_6ae85f6a3b029ae7d22fc78b69c1b993.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. März 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Wollte Moskau Biden schaden? Russland antwortet auf neue Vorwürfe aus den USA**

Russlands Botschaft in den USA hat die jüngsten Anschuldigungen wegen angeblicher Manipulationen bei der US-Präsidentenwahl 2020 zugunsten des damaligen Präsidenten Donald Trump als haltlos zurückgewiesen.

US-Geheimdienste haben am Dienstag einen geheimen Bericht veröffentlicht, laut dem Moskau sich angeblich mit „irreführenden oder unbegründeten Anschuldigungen“ gegen Trumps Rivalen Joe Biden eingesetzt und sich bemüht haben soll, Unfrieden im Land zu stiften. Konkret geht es um Versuche, Biden und seiner Familie im Zusammenhang mit der Ukraine Korruption vorzuwerfen. Laut dem 15-seitigen Bericht hätten der russische Präsident, Wladimir Putin, und seine Regierung die versuchte Einflussnahme „genehmigt und durchgeführt“.

Im Bericht werden darüber hinaus weitere Sanktionen gegen Russland angekündigt. Dem Dokument zufolge versuchten auch der Iran, die Hisbollah und Kuba die Wahlen zu beeinflussen.

„Das von US-Geheimdiensten erstellte Dokument ist eine weitere Reihe unbegründeter Anschuldigungen gegen unser Land wegen angeblicher Einmischung in die internen politischen Prozesse der USA“, schrieb die russische Botschaft in den USA auf Facebook. Die im Bericht angeführten Angaben werden „ausschließlich durch das Vertrauen der Geheimdienste in ihre Richtigkeit bewiesen“. Fakten oder konkrete Beweise seien im Dokument nicht enthalten. Russischen Diplomaten zufolge tragen solche Vorwürfe aus Washington in keiner Weise zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen bei. Auch gebe es keinen gleichberechtigten Dialog auf der Grundlage gegenseitigen Respekts auf Expertenebene, auf den Russland setze.

Zwar verriet die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, nicht, wann die neuen Sanktionen verhängt werden könnten. Nach Angaben des Senders CNN könnte dieser Schritt allerdings bereits kommende Woche erfolgen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/11/1323513_0:21:3567:2027_1280x0_80_0_0_faa6ed1a5ece9eaf71482e8a51bf10d.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. März 3:00 Uhr bis 17. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 21.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Antipanzergrenatwerfer – viermal (13 Granaten); automatische Granatwerfer – dreimal (6 Granaten); Schusswaffen – dreimal.

Richtung Donezk: Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Antipanzergrenatwerfer – 7-mal (27 Granaten); automatische Granatwerfer – dreimal (56 Granaten); großkalibrige Maschinengewehre – einmal; Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jakowlewka, Nabereshnoje, Sosnowskoje, Leninskoje, Ukrainskoje, Saitschenko, Sachanka, Komintern.

Um 11:57 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Taramtschuk festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 102.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

rusvesna.su: Das Wachstum nimmt ab, ein weiterer Meilenstein wurde erreicht: Coronavirus in Russland

Am vergangenen Tag wurden in Russland 8.998 neue Fälle von Coronavirus-Infektionen festgestellt - dies ist der geringste tägliche Anstieg der Fälle im Land seit fünfeinhalb Monaten, seit dem 2. Oktober 2020.

Unter denjenigen, die am zurückliegenden Tag diagnostiziert wurden, hatten 11,3% keine klinischen Manifestationen der Krankheit. Insgesamt wurden in Russland bisher 4.418.436 Fälle von Coronavirus-Infektionen registriert.

In den letzten 24 Stunden starben 427 Patienten mit schwerem COVID-19, die Gesamtzahl der Opfer der Coronavirus-Epidemie erreichte 93.364.

4.024.975 Menschen sind inzwischen genesen, 10.755 davon am zurückliegenden Tag. ...

Число новых заражений и смертей с начала марта: Россия



https://rusvesna.su/sites/default/files/1_grafik_17_marta.jpg

de.rt.com: **Alles für die "Menschenrechte"? China fordert von westlichen Staaten Ende der Einmischung**

Westliche Gesellschaften und deren Politiker sehen sich in der Selbstwahrnehmung oft hinsichtlich der Menschenrechte als Vorbild für den Rest der Welt. Diese Haltung bewerten dagegen Verantwortliche im Globalen Süden kritisch und empfinden sie zunehmend als arrogant.

Ein hochrangiger chinesischer Diplomat hat am Montag mehrere westliche Länder aufgefordert, ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder unter dem Vorwand der Menschenrechte sofort zu beenden und sich wirklich für den Schutz von Menschenrechten einzusetzen, meldete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Chen Xu, der chinesische UN-Botschafter in Genf, erklärte:

"Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Australien, Kanada und einige EU-Länder haben die Plattform des Menschenrechtsrates missbraucht, um Fehlinformationen zu verbreiten und unbegründete Anschuldigungen gegen China zu erheben."

China wehre sich entschieden dagegen und weise die Anschuldigungen kategorisch zurück, sagte Chen vor dem UN-Menschenrechtsrat. Indem es den Menschen in den Mittelpunkt stellt, habe China bemerkenswerte Erfolge auf dem Gebiet der Menschenrechte erzielt. Chen erklärte, dass die chinesische autonome Provinz Xinjiang heute Wohlstand und Stabilität genieße und die Menschen dort ein sicheres und glückliches Leben führen würden.

In den vergangenen mehr als 60 Jahren, so Chen, sei die Wirtschaft Xinjians um mehr als das 200-Fache gewachsen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Einwohner sowie die Größe der uigurischen Bevölkerung hätten sich verdoppelt. Es gebe daher nichts Absurderes, als zu versuchen, China das Etikett eines Genozids anzuheften. Dieser Versuch werde scheitern.

Chen wies auch die Anschuldigungen in Bezug auf Hongkong zurück und sagte, dass die Politik Hongkongs ausschließlich Chinas innere Angelegenheit sei. Peking werde keine Einmischung von außen dulden.

China begrüße den geplanten Besuch des Hochkommissars für Menschenrechte im Land, erklärte Chen, und er fügte hinzu, dass es sich um einen freundschaftlichen Besuch und nicht um eine sogenannte "Untersuchung" handeln werde. Er sagte:

"Wir sind entschieden dagegen, dass irgendjemand diese Angelegenheit für politische Manipulationen benutzt und Druck auf China ausübt."

China habe EU-Diplomaten bei mehreren Gelegenheiten zu einem Besuch in Xinjiang eingeladen, aber gerade diese hätten sich bisher mit verschiedenen Ausreden davor gedrückt. Daher habe man den Verdacht, dass die EU-Politiker Themen mit Bezug zu Xinjiang nur für politische Zwecke zu manipulieren versuchen. Der chinesische Diplomat konterte die an China gerichteten Vorwürfe angeblicher Menschenrechtsverletzungen:

"Während sie sich damit begnügen, unbegründete Anschuldigungen gegen China und andere Entwicklungsländer zu erheben, verschließen diese Länder lieber die Augen vor den ernststen Menschenrechtsproblemen in ihrem eigenen Land und bei ihren Verbündeten."

Einige westliche Länder hätten selbst viele besorgniserregende Menschenrechtsprobleme, so der Botschafter.

Er wies darauf hin, dass die Vereinigten Staaten es angesichts der COVID-19-Pandemie versäumt hätten, wirksame Maßnahmen zur Kontrolle der Pandemie zu ergreifen, was zum Verlust von Hunderttausenden von Menschenleben geführt habe. US-Politiker würden aber den Schwarzen Peter weiterreichen und die Schuld von sich weisen.

Der Diplomat erwähnte auch, dass laut glaubwürdigen Berichten australische Soldaten schwere Kriegsverbrechen begangen hätten und zitierte Quellen, denen zufolge unschuldige Zivilisten, einschließlich Kinder, von australischen Soldaten im Ausland getötet wurden.

China fordere diese Länder auf, die Verletzung der Menschenrechte des eigenen Volkes und der Menschen anderer Länder sofort einzustellen, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder unter dem Vorwand der Menschenrechte zu beenden und sich wirklich für den Schutz von Menschenrechten weltweit einzusetzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6050b6b248fbef5f327535ce.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. März um 9:00 Uhr 3397 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2814 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 299 Todesfälle.

snanews.de: Nord Stream 2: Berlin will Zeit im Dialog mit USA gewinnen

Deutschland versucht, bei den Verhandlungen mit den USA in Bezug auf das Projekt Nord Stream 2 Zeit zu gewinnen, damit die Gasleitung fertiggebaut werden kann. Das meldet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf hochrangige EU-Diplomaten, die anonym bleiben wollten.

„Berlin versucht, Zeit zu gewinnen und sicherzustellen, dass der Bau abgeschlossen ist, weil sie glauben, dass die Dinge (für die USA) anders aussehen werden, sobald die Pipeline in Betrieb ist“, zitiert Reuters einen europäischen Diplomaten, der über das Thema informiert ist. Deutschland geht ihm zufolge davon aus, dass es in Washington Ansprechpartner gäbe, die bereit seien, einen Dialog über Nord Stream 2 zu führen und eine Lösung zu finden.

Zuvor hatte Klaus Ernst (Die Linke), Vorsitzender des Bundestags-Wirtschaftsausschusses, in einem SNA-Interview gesagt, der Mechanismus eines Baustopps solle mit den USA

überhaupt nicht besprochen werden. In seinem Gastbeitrag für die „Frankfurter Rundschau“ kritisierte er den von den USA ins Spiel gebrachten Cut-off-Mechanismus, der die Gasversorgung der EU an die Versorgung der Ukraine koppeln würde. Die Bundesregierung dürfe ihm zufolge nicht von dem Grundsatz abrücken, dass über die Energiepolitik Deutschlands nicht in den USA, sondern nur in Deutschland entschieden werde. Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nimmt das Projekt in Schutz. Es wäre falsch, ständig neue Fragen an das Projekt zu stellen. Die Gasversorgung erfordere langfristige Sicherheit und Zuverlässigkeit, sagte er auf der 8. Russland-Konferenz der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/47905_0:170:3036:1878_1280x0_80_0_0_657345cf53fdf562253415c9eab80aef.jpg

Mzdnr.ru: Am 16. März wurden in der DVR 1042 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 296 positiv. Bei 32 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 17. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 27.047 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5535 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 19.368 als gesund entlassen, es gibt 2144 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 87 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 5 Fälle mehr als in den letzten 24 Stunden. Davon wurden 68 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 946 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 464 mit Sauerstoffunterstützung (+24 in den letzten 24 Stunden).

snaneews.de: **Illegale Kartoffeleinfuhr aus Deutschland über Kasachstan nach Russland: Ermittlung eingeleitet**

Das Landwirtschaftsministerium der Republik Kasachstan untersucht einen Vorfall der vermutlichen Einfuhr von Kartoffeln aus der deutschen Produktion aus Kasachstan nach Russland. Dies geht aus einer Mitteilung des Ministeriums hervor, die am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Demnach traf am Dienstag bei dem Landwirtschaftsministerium Kasachstans ein Schreiben der russischen Agraraufsichtsbehörde Rosselchosnadsor ein, das über eine Einfuhr von sanktionierten Produkten in die Russische Föderation informierte. Dem eingeführten Obst sei ein Pflanzengesundheitszeugnis des nordkasachischen Gebiets beigelegt worden, hieß es. Daraufhin habe der Staatliche Inspektionsausschuss des kasachischen Landwirtschaftsministeriums eine Untersuchung durchgeführt und festgestellt, dass die regionale Inspektion des Gebiets Aqtöbe am 2. März der Firma KazEuroplant LLP ein

Pflanzengesundheitszeugnis für 60 Tonnen Speisekartoffeln zur Lieferung an die Firma RusEuroplant in Russland ausgestellt habe.

Das Dokument sei in strikter Übereinstimmung mit dem Beschluss Nr. 318 der Kommission der Zollunion und den Anforderungen der Einheitlichen Regeln und Vorschriften für die Sicherstellung der Pflanzenquarantäne auf dem Zollgebiet der Eurasischen Wirtschaftsunion erstellt worden, die von dem Rat der Eurasischen Wirtschaftskommission durch den Beschluss Nr. 159 am 30. November 2016 genehmigt worden seien.

Der Staatliche Inspektionsausschuss des kasachischen Landwirtschaftsministeriums ermittle derzeit zum Vorfall, die Ergebnisse dieser Ermittlung sollten nachträglich bekannt gegeben werden, hieß es.

Zuvor hatte die russische Agraraufsichtsbehörde Rosselchhosnadsor den Staatlichen Inspektionsausschuss des kasachischen Landwirtschaftsministeriums gebeten, die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen für Kartoffellieferungen nach Russland auszusetzen.

Nach Angaben der russischen Behörde waren Versuche entdeckt worden, sanktionierte Waren aus der Republik Kasachstan einzuführen. So seien am 3. März in der grenznahen Region Orenburg drei Fahrzeuge festgestellt worden, die insgesamt 60 Tonnen Kartoffeln aus deutscher Produktion befördert haben sollen, die allerdings als kasachische Produkte deklariert worden seien.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/11/1325538_0:66:3362:1957_1280x0_80_0_0_5a390b585f6660e609ad2fc0afe009cc.jpg

nachmittags:

snaneews.de: **Elf Nato-Staaten erreichen Zwei-Prozent-Ziel – Auch Deutschland legt kräftig zu**

Die Bundesrepublik erhöhte im letzten Jahr laut einem Nato-Bericht ihre Verteidigungsausgaben um 8,4 Prozent. Trotzdem liegt sie damit unter dem Zwei-Prozent-Ziel der Nato. Erstmals haben dieses Ziel elf Nato-Länder erreicht. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hält trotz Pandemie an den steigenden Ausgaben fest.

Deutschland und die meisten anderen Nato-Partner konnten ihre Verteidigungsausgaben im Jahr 2020 erneut deutlich steigern. Die EU-Bündnisstaaten und Kanada gaben rund 3,9 mehr aus als im Vorjahr. Die Ausgaben der Bundesrepublik sind sogar um ganze 8,4 Prozent angewachsen und kommen auf 51,6 Milliarden Euro. Das geht aus einem Bericht vor, den Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstag vorstellte.

Er zeigte sich erfreut: „Trotz der wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 war 2020 das sechste Jahr in Folge, in dem die Verteidigungsausgaben in den europäischen Bündnisstaaten

und in Kanada gestiegen sind“, sagte Stoltenberg. Er erwarte, dass sich dieser Trend auch im laufenden Jahr fortsetze.

AKK gegen Kürzungen

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hält an den steigenden Ausgaben weiterhin fest – trotz der hohen Kosten, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie aufgebracht werden. So soll der Wehretat auch in den kommenden Jahren nicht gekürzt werden. „Der Staat hat die Kernaufgabe, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten - unabhängig von der Kassenlage“, sagte sie der „Stuttgarter Zeitung“ am Mittwoch. Sicherheit koste nun einmal Geld, erklärte Kramp-Karrenbauer.

Die Bundeswehr müsse „die durch jahrzehntelanges Sparen verursachten Lücken in den bestehenden Fähigkeiten füllen“ und sich „gleichzeitig gegen neue reale Bedrohungen wie Drohnen, Hyperschallwaffen oder Angriffe im Cyberraum wappnen“, betonte die Ministerin.

Elf Staaten erreichen Zwei-Prozent-Ziel

Die USA fordert seit Jahren eine ausgewogenere Lastenteilung innerhalb des Bündnisses. Konkret verlangen sie, dass alle Nato-Mitglieder jährlich mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Im Jahr 2020 erreichten dem Bericht zufolge erstmals zehn andere diese Zielvorgabe. Dies waren die Slowakei, Griechenland, Großbritannien, Rumänien, Polen, Frankreich, Norwegen sowie die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

Stoltenberg gab allerdings zu, dass einige Nato-Staaten im Jahr 2020 diese Marke bedingt durch den Einbruch der Wirtschaftsleistung das Zwei-Prozent-Ziel erreichten. So erreichten Norwegen und die Slowakei genau 2,0 Prozent - Frankreich kommt auf 2,04 Prozent.

Mit einer Quote von 1,56 Prozent ist Deutschland weiterhin weit vom Zwei-Prozent-Ziel entfernt. Dabei sind die für die Nato relevanten Ausgaben im Zeitraum von 2014 bis 2020 real um knapp 35 Prozent erhöht worden. Die BIP-Quote konnte Deutschland aber nur wegen des Konjunkturreinbruchs im Zusammenhang mit der Pandemie erreichen. Vor der Krise war noch erwartet worden, dass die deutschen Verteidigungsausgaben etwa 1,42 Prozent des BIP betragen würden.

Auch andere Nato-Staaten sind weit vom Zwei-Prozent-Ziel entfernt. Dazu gehört u.a. Spanien mit einer Quote von rund 1,2 Prozent, Belgien mit 1,1 Prozent und Luxemburg mit nur 0,6 Prozent.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/0f/538600_0:145:3121:1901_1280x0_80_0_0_6b61da40508c868dcfe46baea21f35f6.jpg

de.rt.com: **Eine Stimme mehr: Präsident des Deutschen Roten Kreuzes für Zulassung von Sputnik V**

Die Impfungen mit AstraZeneca gegen das Coronavirus wurden in Deutschland ausgesetzt und der Impfplan wackelt. Das russische Vakzin Sputnik V könnte für die Impfpläne der Bundesregierung nützlich sein, doch die deutsche Politik zeigt sich verhalten.

Der deutsche Virologe Christian Drosten warnte vor einem neuen Anstieg von positiven Corona-Befunden. Am Mittwoch meldete das Robert Koch-Institut (RKI) 13.435 positive Laborbefunde. Schuld hieran, so Drosten, sei die ansteckendere Virusvariante (B.1.1.7). In Deutschland wurden bisher 9.663.887 Millionen Menschen gegen das Coronavirus geimpft (Stand: 16.03.2021).

Die Aussetzung der Impfungen mit dem britisch-schwedischen Vakzin AstraZeneca aufgrund von Thrombosefällen, führte zur Absage von Impfterminen. Die gelagerten Impfungen werden vorerst nicht eingesetzt. Eigentlich sollten Hausärzte bald ebenfalls impfen und dadurch die Impfgeschwindigkeit in Deutschland ankurbeln.

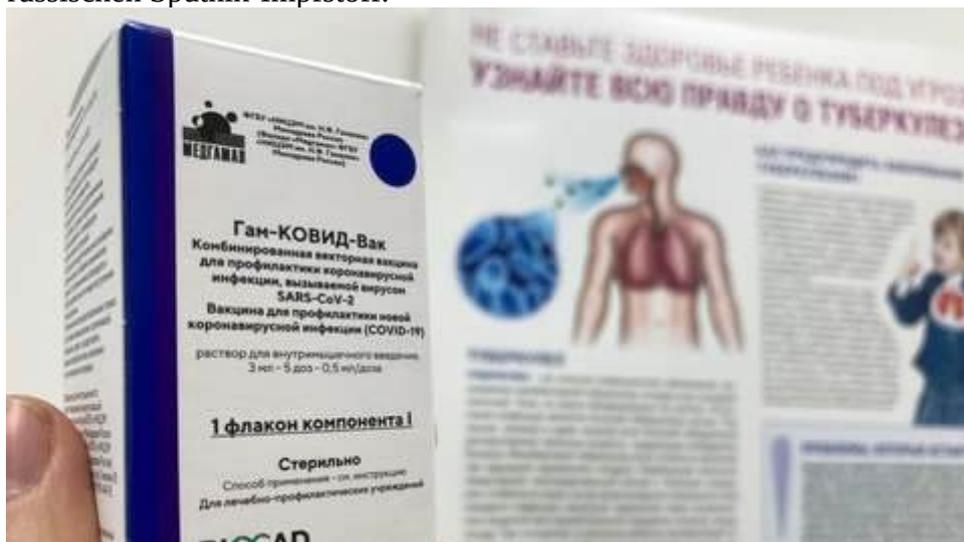
Der Einsatz des in Russland entwickelten Sputnik V-Impfstoffes könnte Abhilfe leisten. Deutschland wartet hier jedoch auf eine Zulassung durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA). Ungarn hat eine eigene Zulassung ohne die EMA veranlasst und Italien gab bekannt, ab Juli werde eine Firma das Vakzin produzieren. Insgesamt 50 Länder haben Sputnik V die Genehmigung erteilt. Auch das Robert Koch-Institut sprach sich bereits für Sputnik V aus. In der deutschen Politik ist man sich noch uneins. Die Linke befürwortet den Einsatz. Moskau kritisiert eine Politisierung des Impfstoffes.

Am Montag teilte der Chef des staatlichen Direktinvestmentfonds RDIF, Kirill Dmitriev, der Agentur Interfax in Moskau mit, dass es eine Übereinkunft mit einem deutschen Unternehmen zur Produktion des Impfstoffes gegeben habe und es liefen "Verhandlungen mit einer Reihe weiterer Hersteller, um die Produktion in der EU zu erhöhen".

Ähnliche Vereinbarungen sollen auch mit Frankreich, Italien und Spanien getroffen worden sein.

In Berlin werden Impfungen gegen das Coronavirus vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) organisiert. Der derzeitige Präsident des DRK und ehemaliger Berliner Gesundheits senator Mario Czaja, sprach sich am Dienstag für den Einsatz von Sputnik V aus:

"Wir benötigen noch mehr Anstrengungen, dass alle wissenschaftlich geprüften Impfstoffe unideologisch für eine schnelle Zulassung vorbereitet werden. Das gilt auch für den russischen Sputnik-Impfstoff."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6051bd6cb480cc55c90d1eb8.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17.03.2021**

In den letzten 24 Stunden vom 16. auf den 17. März hat sich die **Lage an der Kontaktlinie**

stark verschärft.

Trotz der Sitzung der Kontaktgruppe hat der Gegner in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands die Feuerprovokationen verstärkt und **21 Beschießungen** des Territoriums unserer Republik durchgeführt.

Die stärkste Feueraktivität der ukrainischen Kämpfer war in **Richtung Mariupol** festzustellen, wo Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow intensiv **Sosnowskoje, Saitschenko, Leninskoje, Sachanka, Ukrainskoje, Kominternowo** und **Nabereshnoje** beschossen haben. Dabei haben die Strafruppen automatische und Antipanzergranatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Es ist bemerkenswert, dass die Marineinfanteristen den Beschuss des Territoriums der DVR sofort nach der Ankunft einer Kommission des Kommandos der Marinestreitkräfte der Ukraine mit 15 Personen am Stationierungsort der Brigade erheblich verstärkt haben.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 109. Bataillons der 10. Brigade unter Kommando des Verbrechers Kotlik viermal die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Schusswaffen und Unterlaufgranatwerfern und dreimal **Sajzewo** mit Unterlaufgranatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 72. Brigade **Jakowlewka** mit Schusswaffen beschossen.

Außerdem wurde auf den Positionen eines mechanisierten Bataillons der 1. Panzerbrigade im Verantwortungsbereich der 28. Brigade im Gebiet von Taramtschuk eine Detonation festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade der BFU **Wesjoloje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und eine Granate abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU dreimal **Sosnowskoje** und **Kominternowo** mit automatischen und Antipanzergranatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 42 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade – ein Schützenpanzerwagen am nordöstlichen Rand von Marjinka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade – ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ getarnt in der Nähe eines Wirtschaftsgebäudes am Rand von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade – ein Schützenpanzer in der Woropajew-Straße am nordöstlichen Rand von Granitnoje und ein Schützenpanzer in Nowosjolowka Wtoraja.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade – ein Schützenpanzerwagen am östlichen Rand von Pischtschewik und ein Schützenpanzerwagen in der Timirjasew-Straße am nordöstlichen Rand von Winogradnoje.

Außerdem stellen wir die Anwesenheit von schweren Waffen an Eisenbahnstationen fest: in Slawjansk zehn Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;

in Artjomowsk 26 T-64-Panzer.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. Im Gebiet der Eisenbahnstationen

Artjomowsk und Slawjansk stellen wir weiter Aktivitäten von Mitteln der elektronischen Kriegsführung des Gegners fest.

Nach Informationen von Einwohnern dieser Ortschaften haben sie aufgrund der Funktion der Mittel der elektronischen Kriegsführung der BFU ständige Unterbrechungen bei Kommunikationsmitteln und Fernsehen. Oft müssen sie einige Kilometer wegfahren, um mit ihren Verwandten und Freunden zu telefonieren. Außerdem wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 53., 72. und 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade der BFU in den Gebieten von Stepanowka, Bogdanowka, Baranowka, Perwomajskoje, Krasnogorowka, Granitnoje, Schirokino, Lomakino und Saitschenko im Einsatz sind.

Die Kämpfer führen weiter Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch, was direkt Leben und Gesundheit von Zivilisten gefährdet sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindert. Wir haben die Installation von 19 Antipanzermijnen TM-62 quer über eine Straße in Marjinka und von zehn Antipanzermijnen in der Nähe von Newelskoje durch Kämpfer der 28. Brigade festgestellt.

Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 16.03.2021 bestätigt. Wir wenden uns an die Vertreter der internationalen Organisationen mit der Bitte auf die militärisch-politische Führung der Ukraine Einfluss zu nehmen, um die schweren Waffen an die Abzugsorte zurückzubringen und den Aufenthalt dieser Technik in der Nähe der Abgrenzungslinie sowie die Verminung der Umgebung von Ortschaften zu verhindern.

snanews.de: **Munitionsaffäre in der Bundeswehr: Datensätze beim Kommando Spezialkräfte gelöscht**

Laut Medienberichten haben Ermittlungen zur Munitionsaffäre im Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr gelöschte Daten festgestellt. Gegen einen Stabsoffizier läuft ein Disziplinarverfahren.

Das Verteidigungsministerium hat bei den Ermittlungen zur Munitionsaffäre im Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr gelöschte Daten festgestellt. Deswegen laufe bei der Bundeswehr ein Disziplinarverfahren, das die Hintergründe klären soll und weitere Vorwürfe wie Falschmeldungen einschließt, berichteten das Nachrichtenportal „The Pioneer“ und die Deutsche Presse-Agentur (DPA) am Mittwoch. Unter Verdacht stehe ein Oberstleutnant, der inzwischen nicht mehr Teil des Heeres sei, aber weiterhin zur Bundeswehr gehöre.

Über den Fall hatte das Verteidigungsministerium am 3. März die Fachpolitiker im Bundestag unterrichtet. Ein Protokoll liegt der DPA vor. „Anhand des Datensystems könne festgestellt werden, dass die Inventur 2018 in SASPF angelegt und dann gelöscht worden sei. Eine neue Inventur sei nicht angelegt worden“, wird aus der Unterrichtung zitiert.

Das interne Computersystem SASPF wird für die Inventuren benutzt. Es listet Zahlenwerte auf, die dann im Fall von Munition mit den tatsächlich in den Depots vorhandenen Beständen abgeglichen werden. Wenn ordnungsgemäß vorgegangen worden wäre, müssten dabei die erheblichen Fehlbestände aufgefallen sein. Die Löschung erschwere es, Details der Munitionswirtschaft nachzuvollziehen.

Der grüne Verteidigungspolitiker Tobias Lindner sagte dem Nachrichtenportal:

„Hinweise darauf, dass es Mängel bei der Munition im KSK gab, existierten viel früher als gedacht. Die verantwortlichen Generäle des Heeres hätten früher hellhörig werden müssen.“



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/11/1328814_0:29:2000:1154_1280x0_80_0_0_7826687a44f5b7db5fa2e033225f25b4.jpg

de.rt.com: **Zur Rettung der "europäischen Lebensweise": EU-Impfpass bis zum Sommer**

Bis zum 1. Juni soll der digitale EU-Impfpass gegen das Coronavirus für die Bevölkerung der EU-Mitgliedsländer vorliegen, um damit unbeschwert reisen zu dürfen. Dafür werden nur in der EU zugelassene Vakzine berücksichtigt, aber diskriminierend sollte er nicht sein.

Bisher erhalten Personen, die in Deutschland gegen das Coronavirus geimpft wurden, üblicherweise einen Eintrag in ihren gelben Internationalen Impfausweis. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht bisher keinen Bedarf für eine Debatte über Impfprivilegien, sofern die Zahl der Geimpften noch niedrig ist.

Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission und als Kommissar für die Förderung des europäischen Lebensstils zuständig für Migration, Gleichheit und Diversität, sagte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum geplanten EU-Impfpass:

"Der Nachweis soll bis zum Beginn des Sommers einsetzbar sein, und der Sommer beginnt am 1. Juni."

Damit, so Schinas, holen wir "uns unsere europäische Lebensweise zurück." Bis zum Sommer spätestens, so versprach auch der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn, würde allen Bundesbürgern ein Impfangebot gegen das Coronavirus gemacht worden sein.

Der digitale EU-Impfpass, der zusätzlich auch auf Papier ausgegeben werden soll, werde seine Gültigkeit bis zum Ende der Pandemie behalten. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen sieht die Entwicklung eines solchen Passes innerhalb von drei Monaten als möglich an.

Auch in Israel gibt es einen Impfpass auf nationaler Ebene für Corona-Geimpfte – den "Grünen Pass", der Geimpften mehr Normalität ermöglicht, etwa den Besuch in einem Restaurant oder eines Konzertes. Der EU-Pass soll möglicherweise so ähnlich, nämlich "Digitaler Grüner Nachweis" heißen. Gespeichert werden hier neben den Impfungen auch die Ergebnisse von Schnell- und PCR-Tests und die Historie von Coronavirus-Infektionen. Strittig sind die Privilegien für Geimpfte. Auch Tests und Quarantäne könnten weiterhin zwingend bleiben.

Österreich will den grünen Impfpass bereits ab dem 1. April einführen. Dann, wenn die Gruppe der über 65-Jährigen in Österreich geimpft worden ist, soll die Bevölkerung dort wieder mehr Freiheiten genießen können. Der österreichische Ministerrat verständigte sich bereits auf die Einführung des "grünen Passes".

Impfpass nur für Vakzine mit EU-Zulassung?

Allerdings wird der EU-Impfpass – nach bisheriger Planung – nur die Impfstoffe führen, für die in der EU die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) eine Genehmigung erteilt hatte

und die daraufhin verabreicht wurden. Begründet wird dies damit, dass alle anderen Impfstoffe nicht der Haftungspflicht und der Qualitätskontrolle der Europäischen Union unterliegen.

Eine Zulassung der EMA für den russischen Impfstoff Sputnik V steht derzeit noch immer aus. In Deutschland gibt es vonseiten des Robert Koch-Instituts keine Vorbehalte gegen das Vakzin, jedoch offenbar bei einigen deutschen Politikern, auch wenn es gewisses Interesse für eine Produktion in Deutschland gibt. Italien will das russische Vakzin Sputnik V etwa ab Sommer produzieren.

Auch das chinesische BBIBP-CorV von Sinopharm hat in der EU bisher keine Zulassung. Hier geht Ungarn jedoch seinen eigenen Weg. Dort werden Sputnik V und Sinopharm bereits erfolgreich eingesetzt. Fraglich bleibt also, wie künftig mit Personen umgegangen werden soll, die EU-Bürger sind und sich mit solchen Vakzinen haben impfen lassen, die nicht von der EMA für die EU akzeptiert wurden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6051e4fd48fbef5f32753664.jpg>

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokation** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium.

Entsprechend einem Bericht der OSZE-Mission vom 16.3.21 wurden an der Eisenbahnstation Rubeshnoje 19 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ bemerkt. Außerdem wurden auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Trennung von Kräften und Mitteln in der Nähe von Solotoje vier Soldaten der 92. Brigade bemerkt.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren. ...

Nach uns vorliegenden Informationen haben die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer wie zu einer Tragödie geführt. Weil er wegen Problemen mit der Mobilverbindung durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte keinen Krankenwagen rufen konnte, starb gestern am südlichen Rand von Rubeshnoje in der Polewaja-Straße ein Mann, geb. 1958, an einem Herzinfarkt. ...

snanews.de: **Nord Stream 2: „Akademik Cherskiy“ soll demnächst in Dänemark Rohrverlegung aufnehmen**

Das russische Rohrverlegungsschiff „Akademik Cherskiy“ soll Ende März die Arbeiten für die Gaspipeline Nord Stream 2 in dänischen Gewässern aufnehmen und bis Ende September im Einsatz bleiben. Dies teilte die dänische Energieagentur (DEA) mit.

„Es ist geplant, dass die Verlegung der Pipelinerohre Ende März wieder aufgenommen wird und bis zum Ende des dritten Quartals 2021 dauern wird“, hieß es aus der Energieagentur. Zuvor hatte die DEA mitgeteilt, dass die „Akademik Cherskiy“ die Verlegung eines der zwei Stränge der Gaspipeline im März aufnehmen wird. Das Verlegeschiff „Fortuna“ ist derzeit am Bau des zweiten Stranges beteiligt. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/08/66628_0:161:3067:1886_1280x0_80_0_0_5c5a60a92_eeb35874385735bdd4ba1a2.jpg

snaneews.de: **Bidens Drohung an Putin: „Er wird einen Preis bezahlen“**

US-Präsident Joe Biden hat in einem am Mittwoch ausgestrahlten Interview mit dem TV-Sender „ABC News“ erklärt, dass der russische Präsident Wladimir Putin „einen Preis“ für die angebliche Einmischung in die Präsidentschaftswahl 2020 in den USA bezahlen werde. „Er wird dafür bezahlen“, so Biden.

Dabei fügte der US-Präsident hinzu, er habe Putin bei einem Telefonat im Januar vor einer möglichen Reaktion gewarnt: „Ich kenne Sie und Sie kennen mich. Wenn ich feststelle, dass dies (Einmischung in die Wahl – Anm. d. Red.) geschehen ist, dann seien Sie vorbereitet.“ Auf die Frage, ob er Putin für einen Mörder halte, sagte Biden: „Mmm... hmm... Das tue ich.“

In dem am Dienstag freigegebenen US-Geheimdienstbericht wird Moskau der Versuch vorgeworfen, Donald Trump zu unterstützen, Joe Biden zu diskreditieren und „Zwietracht“ in der amerikanischen Gesellschaft zu säen. Unter den Akteuren, die angeblich versucht haben sollen, die Wahl zu beeinflussen, würden der Iran, die libanesische Bewegung Hisbollah und Kuba genannt. Laut dem Bericht gehört China nicht zu dieser Liste.

Indes nannte der Kreml den Bericht unbegründet und beweislos. Wie der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, mitteilte, hat sich Moskau in keinerlei Wahlen in den Vereinigten Staaten eingemischt. Solche bei weitem qualitativ nicht hochwertigen Materialien würden als Vorwand genutzt, um die neuen Sanktionen zur Erörterung zu bringen.

Zuvor hatte Russland mehrmals die Vorwürfe zurückgewiesen, in eine Wahleinmischung verwickelt gewesen zu sein.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/11/1332451_0:0:2923:1645_1280x0_80_0_0_8bca2bd8c22b1ede01a422e02b768b43.jpg

snaneews.de: **Wegen Nawalny: USA verbieten wehrtechnische Geschäfte mit Russland**

Die Vereinigten Staaten haben bereits Anfang März weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Beispielsweise ist es staatseigenen Finanzeinrichtungen verboten worden, Kredite an Moskau zu vergeben. Jetzt hat die US-Regierung den Sanktionskatalog erweitert. Das amerikanische Außenministerium verbietet nunmehr jede Art von wehrtechnischer Zusammenarbeit mit Russland. Den Vereinigten Staaten gehe es darum, keine Lizenzen oder Genehmigungen für den „Export wehrtechnischer Erzeugnisse und wehrtechnischer Dienstleistungen, die für Russland bestimmt sind“ mehr zu vergeben, heißt es im einschlägigen Dokument des State Departments.

Die neuen Einschränkungen gelten ab 18. März, allerdings sind Ausnahmen für den Bereich der allgemeinen Raumfahrt und, bis 1. September, für kommerzielle Weltraumflüge vorgesehen.

Die Sanktionen, die Washington bereits Anfang dieses Monats verhängt hat, enthalten ein Verbot etwaiger Hilfsleistungen an Russland. Es würden keinerlei Hilfen bereitgestellt, außer nötigenfalls dringenden humanitären Hilfslieferungen.

Darüber hinaus haben die USA sieben hochrangige russische Regierungspolitiker auf die Sanktionsliste gesetzt. Auch sind 14 Einrichtungen von den US-Sanktionen betroffen, darunter insgesamt 13 kommerzielle Organisationen aus Russland, Deutschland und der Schweiz. Überdies stehen drei wissenschaftliche Einrichtungen aus Russland auf der Schwarzen Liste der US-Regierung.

Die Europäische Union verhängte wegen des Falls Nawalny ebenfalls Sanktionen gegen Russland. Das russische Außenministerium kündigte eine Reaktion auf die Restriktionen an. Sanktionen gegen Moskau erreichten ihr Ziel nicht, sagte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/11/1334167_0:147:3118:1901_1280x0_80_0_0_08ff1a8de2e610efede294cc929678a2.jpg

abends:

snanews.de: **Moskau macht Nato für Demontage des Sicherheitssystems in Europa verantwortlich**

Die Nordatlantische Allianz hat ihre militärische Infrastruktur bei zwei Erweiterungswellen den Grenzen Russlands nähergebracht und somit das System der europäischen Sicherheit demontiert. Das erklärte Russlands Vizeaußenminister Alexander Gruschko am Mittwoch in Moskau.

Er nahm Stellung zur jüngsten Erklärung von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, wonach Russland die Allianz bedrohe.

„Es sei daran erinnert, dass es gerade die Nato war, die bis zur russischen Grenze expandierte, wodurch sich die Lage in Europa grundlegend verändert hat. (...) All das untergräbt die Sicherheit, die sich nach Beendigung des Kalten Krieges herauskristallisiert hat“, sagte Gruschko weiter.

Russland muss auf Herausforderungen reagieren

Die Lage habe Russland gezwungen zu reagieren sowie seine Politik und die Militärplanung zu revidieren, was denn auch getan worden sei.

„Die Erklärungen über die Raketenbedrohung von Seiten Russlands haben weder Hand noch Fuß. Denn es sind gerade die USA, die aus dem INF-Vertrag über das Verbot (bodengestützter) Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgestiegen waren. Indes war das eines der wichtigsten Dokumente im Bereich der europäischen Sicherheit. Die Initiative Russlands, ein Moratorium für die Stationierung derartiger Waffen auf dem Kontinent zu verhängen, wurde von der Nato abgeschlagen“, kritisierte der russische Diplomat.

Nato stellt Raketenabwehr in Europa auf

Er verwies ferner auf das Nato-Programm zur Aufstellung einer Raketenabwehr in Europa, darunter auf deren Objekte in Rumänien und Polen, „die die Allianz fertigbauen wird, koste es, was es wolle“.

Allianzchef Stoltenberg hatte am Dienstag die wichtigsten Gefahren für die Nato genannt. Dazu zählte er Russland, Cyberattacken, Technologien, den Aufschwung Chinas und die Klimaveränderung.

Die Briten wollen atomar aufrüsten

Zu den Plänen Großbritanniens, sein Atompotenzial um 40 Prozent aufzustocken, sagte Gruschko, das würde die Kräftekonstellation in Europa ändern. Deshalb sollten neue Waffen Londons in ein künftiges Abkommen mit der führenden Atommacht USA einbezogen werden.

„Es sollen alle Faktoren mitberücksichtigt werden, die die militärische Sicherheit und Stabilität beeinflussen können“, betonte der Diplomat.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/11/1335412_0:1:3073:1729_1440x0_80_0_0_feb67031639566dc59836205166b2764.jpg